

Abstimmung ergab sieben Stimmen für die Verschiebung. Das Ergebnis sprach für einen klaren Parteigraben. Landtagspräsident Ritter liess danach direkt über den formulierten Antrag entscheiden, welcher nur drei Stimmen bekam. Damit fehlten dem Vorstoss auch einige Stimmen der FBP. Vielleicht war die eigene Partei nicht mit dem offensiven Herangehen von Emanuel Vogt einverstanden.<sup>316</sup>

Nach der Mittagspause begann Anton Gerner unter Artikel 47 höhere Abzüge zu fordern, mit Blick auf die besseren Möglichkeiten bei Unselbständigen. Er verwies auf den Mangel in der Regierungsvorlage. Er verzichtete explizit auf einen Antrag. Zum zweiten beantragte er eine Erhöhung der Abzüge für Familien. Der Regierungschef votierte dagegen; die Vorlage begünstige die Familie über die Teuerung hinaus und eine weitere Erhöhung wäre eine strukturelle Änderung. Dazu wäre der Ausfall von einer halben Million beachtlich. Weitere Meldungen blieben hier aus und die Abstimmung fiel knapp mit sechs Ja-Stimmen. Die Abstimmung über den Regierungsartikel ergab eine ‚mehrheitliche Zustimmung‘.

Ein ähnliches Ergebnis zeigte die Diskussion um eine Anpassung der Progression bei Artikel 54. Emanuel Vogt argumentierte wieder mit der Teuerung, verlangte eine höhere Entlastung und betonte, dass man mit den Mehreinnahmen dem Steuerzahler „Geld auf kaltem Wege abgenommen [habe]“.<sup>317</sup> Ernst Büchel unterstützte. Regierungschef Hilbe verteidigte, so auch der Landtagspräsident und einige Abgeordnete der VU. Sogar Johann Beck fühlte sich verpflichtet Stellung zu beziehen: „Ich möchte nur betonen, dass ich allmählich in eine ungute Situation komme. Es wird mir aber keiner in diesem Hause sagen, dass ich asozial eingestellt bin. Es ist meine Pflicht und Aufgabe für den Kleinverdiener nach Möglichkeit Entlastungen herbeizuführen.“<sup>318</sup> Von Seiten der VU verwies man auf den Steuerausfall von 1,8 Millionen Franken und dazu auf die Probleme für die schwächeren Gemeinden, die noch mehr daran zu tragen hätten. Man verknüpfte das Thema mit dem Finanzausgleich. Der Vorschlag von Vogt bekam drei Stimmen. Die Regierungsvorlage akzeptierte man ‚mehrheitlich‘.

Die Erhöhung der Minimalsteuer für Sitzgesellschaften diskutierte man kurz. Die Regierungsvorlage sah vor, den Mindestsatz von 600 auf 1000 Franken zu erhöhen und die Mehreinnahmen für das ausserordentliche Budget zu reservieren. Peter Marxer stimmte den Plänen der Regierung zu, verwies aber ein weiteres Mal auf das Problem der

---

<sup>316</sup> Ltp vom 13.12.73, S. 706-713.

<sup>317</sup> Ltp vom 13.12.73, S. 720.

<sup>318</sup> Ltp vom 13.12.73, S. 721.